

# AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES  
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 65

DIENSTAG, DEN 13. AUGUST

2024

## Inhalt:

	Seite		Seite
Bekanntgabe der Feststellung hinsichtlich einer UVP-Pflicht gemäß § 5 Absatz 2 UVPG.....	1357	Beabsichtigung einer Veränderung der Benutzbarkeit von öffentlichen Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Poppenbütteler Bogen –.....	1360
Planfeststellungsverfahren für die „Westumfahrung Bahnhof Alte Süderelbe“.....	1357	Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Lemsahler Bargweg –.....	1360
Widmung von Wegeflächen im Bezirk Eimsbüttel – Sugambreweg –.....	1359		

## BEKANTTMACHUNGEN

### Bekanntgabe der Feststellung hinsichtlich einer UVP-Pflicht gemäß § 5 Absatz 2 UVPG

Die Firma Hamburger Energiewerke GmbH hat mit Schreiben vom 9. April 2024 bei der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft, Amt Immissionsschutz und Abfallwirtschaft, Abteilung Betrieblicher Umweltschutz, für das Heizkraftwerk „Energiebunker Wilhelmsburg“ eine Genehmigung nach § 16 Absatz 1 in Verbindung mit § 19 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) für die wesentliche Änderung einer Anlage zur Erzeugung von Strom, Dampf, Warmwasser, Prozesswärme oder erhitztem Abgas durch den Einsatz von Brennstoffen (hier: Erdgas) in einer Verbrennungseinrichtung einschließlich zugehöriger Dampfkessel mit einer Feuerungswärmeleistung von 1 MW bis weniger als 20 MW, bei Verbrennungsmotoranlagen oder Gasturbinenanlagen (Anlage nach Nr. 1.2.3.2 des Anhangs 1 der 4. BImSchV) auf dem Betriebsgrundstück Neuhöfer Straße 7, 21107 Hamburg beantragt.

Gemäß § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wurde auf Grundlage der Angaben des Vorhabenträgers sowie eigener Informationen geprüft, ob nach den §§ 6 bis 14 UVPG für das Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls nach § 9 UVPG in Verbindung mit §§ 7 und 5 UVPG hat nach überschlüssiger Prüfung in der ersten Stufe unter Berücksichtigung der einschlägigen Kriterien gemäß Nr. 2.3 der Anlage 3 UVPG ergeben, dass durch das beantragte Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen

auf die in § 2 Absatz 1 UVPG genannten Schutzgüter hervorgerufen werden können, sodass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.

Die wesentlichen Gründe für diese Entscheidung sind im UVP-Portal unter

[www.uvp-verbund.de/hh](http://www.uvp-verbund.de/hh) dargelegt.

Hamburg, den 5. August 2024

**Die Behörde für Umwelt, Klima, Energie  
und Agrarwirtschaft  
Immissionsschutz und Abfallwirtschaft**

Amtl. Anz. S. 1357

### Planfeststellungsverfahren für die „Westumfahrung Bahnhof Alte Süderelbe“

#### Auslegung der Planunterlagen sowie Unterrichtung nach § 19 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung

Die Hamburg Port Authority, Hamburger Hafenbahn (Vorhabenträgerin), hat für das vorstehende Vorhaben bei der als Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde zuständigen Behörde für Wirtschaft und Innovation die Planfeststellung gemäß § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) in Verbindung mit §§ 73 ff. Hamburgisches Verwaltungsvorfahrensgesetz (HmbVwVfG) beantragt.

Gegenstand des Vorhabens ist die zweigleisige Westumfahrung des Bahnhofs Alte Süderelbe zur Entlastung des nördlichen Knotens und einer Leistungssteigerung des westlichen Hafenbahnsystems. Der Umbaubereich beginnt südlich des Bahnhofs Alte Süderelbe bei km 12,158. Bis

etwa km 13,006 erfolgt neben der Errichtung von Signalen, einschließlich Kabeltiefbaus, eine Elektrifizierung des bisherigen Ausziehgleises ASE 520. Zwischen km 13,006 bis ca. km 14,638 erfolgt die Herstellung der Westumfahrung mit Umbau und Anpassung der Gleislagen. Nördlich an die Eisenbahnüberführung Vollhöfner Weiden anschließend – im Bereich von km 13,201 bis ca. km 13,350 – wird eine Dammanpassung auf bestehender Fläche durchgeführt. Nördlich von km 14,638 erfolgt der Übergang in die Bestandsgleise WHO 032/033, in welchen bis ca. km 15,250 ebenfalls noch Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik angepasst und Signale neu errichtet werden. Aufgrund der Anpassungen im Nordkopf des Bahnhofs muss weiterhin die bestehende Hochwasserschutzlinie versetzt werden. Die neue Hochwasserschutzwand wird auf Grundlage der aktuellen Bemessungswasserständen errichtet.

Das Vorhaben beinhaltet im Wesentlichen folgende Maßnahmen:

- den Bau einer zweigleisigen elektrifizierten westlichen Umfahrung zwischen dem Süd- und Nordkopf des Bahnhofs Alte Süderelbe unter Nutzung der Gleise ASE 536/537/538 sowie ASE 588,
- die Oberbauerneuerung der Gleise ASE 536, 537, 538 und 588,
- die Einbindung der Umfahrung in die Gleise ASE 520/521 im Süden,
- die Einbindung der Umfahrung in die Gleise WHO 032/033 im Norden,
- den Umbau des nördlichen Weichenkopfes der Gleise ASE 581 bis 587,
- den Umbau von Lokabstellgleisen im nördlichen Bahnhofskopf mit Erhaltung von insgesamt 6 Streckenlokabstellplätzen in den Gleisen ASE 591, 592 und 593,
- den Neubau von insgesamt 6 Rangierlokabstellplätzen in den Gleisen ASE 5663, 5665 und Lokwendeplätzen in den Gleisen ASE 5664 und 5666,
- den Umbau von Lokabstellgleisen im südlichen Bahnhofskopf mit Erhaltung von insgesamt 4 Rangierlokabstellplätzen im Gleis ASE 5643,
- den Umbau der Hochwasserschutzanlage im Kreuzungsbereich mit den Gleisen im Nordkopf,
- die Elektrifizierung des Gleises ASE 520 (südliches Ausfahr-/ziehgleis) sowie
- die Ausrüstung der vorgenannten Anlagen mit Oberleitung und technischer Ausrüstung nach bahnbetrieblichen Erfordernissen.

Wegen der Einzelheiten des vorgenannten Vorhabens wird auf die Planunterlagen verwiesen.

Über die Zulässigkeit des Vorhabens entscheidet die Planfeststellungsbehörde durch Planfeststellungsbeschluss.

#### I.

##### **Umweltverträglichkeitsprüfung**

Die Vorhabenträgerin hat die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß § 5 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1, § 7 Absatz 3 Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) beantragt. Die Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde erachtet das Entfallen der Vorprüfung als zweckmäßig, da das Vorhaben auch nach ihrer Einschätzung erheblich nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Absatz 2 UVP bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären. Gemäß § 7 Absatz 3 Satz 2 UVP besteht unter diesen Voraussetzungen die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglich-

keitsprüfung ohne vorherige Durchführung einer Vorprüfung.

#### II.

##### **Auslegung der Planunterlagen**

Die Auslegung des Plans und der Unterlagen nach § 19 Absatz 2 UVP wird gemäß § 18a Absatz 3 AEG durch die Veröffentlichung der Unterlagen auf der Internetseite der Planfeststellungsbehörde unter der Adresse <https://www.hamburg.de/pfv> in der Zeit vom 20. August 2024 bis einschließlich 19. September 2024 bewirkt.

Auf Verlangen eines Beteiligten wird diesem eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt. Das Verlangen ist während der Dauer der Beteiligung an die Planfeststellungsbehörde der Behörde für Wirtschaft und Innovation, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg, Telefon: 040/4 28 41 - 23 14 oder per E-Mail an [max.fredekind@bwi.hamburg.de](mailto:max.fredekind@bwi.hamburg.de), zu richten.

Bei den Unterlagen über die Umweltauswirkungen des Vorhabens nach § 19 Absatz 2 UVP, die der Planfeststellungsbehörde mit dem Antrag vorgelegt wurden, handelt es sich insbesondere um folgende Unterlagen:

- Erläuterungsbericht mit Anlagen
- Übersichtslageplan
- Lagepläne
- Bauwerksverzeichnis
- Bauwerksplan ESTW
- Querprofile
- Baustelleinrichtungs- und Erschließungsplan
- Bauwerksplan Hochwasserschutzwand
- Umweltverträglichkeitsprüfung
- Landschaftspflegerischer Begleitplan
- Faunistische Bestandserfassungen und Artenschutzfachbeitrag
- Lärmgutachten
- Grunderwerbsplan
- Bodenverwertungskonzept

#### III.

##### **Einwendungen, Stellungnahmen und Äußerungen**

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann gemäß § 73 Absatz 4 HmbVwVfG, § 21 Absätze 2 und 5 UVP bis einen Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist Einwendungen gegen den Plan erheben. Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 18a Absatz 1 AEG in Verbindung mit § 73 Absatz 4 Satz 3 HmbVwVfG). Vereinigungen, die auf Grund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen den Planfeststellungsbeschluss einzulegen, können innerhalb der vorgenannten Frist Stellungnahmen zu dem Plan abgeben. Mit Ablauf der vorgenannten Frist sind auch diese Stellungnahmen ausgeschlossen.

Die betroffene Öffentlichkeit kann sich im Rahmen der Beteiligung zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens äußern. Die Äußerungsfrist endet einen Monat nach Ablauf der Frist für die Auslegung der Unterlagen. Mit Ablauf der Äußerungsfrist sind alle Äußerungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, ausgeschlossen. Die Äußerungsfrist gilt auch für solche Einwendungen, die sich nicht auf die Umweltauswirkungen des Vorhabens beziehen (siehe oben).

Einwendungen, Stellungnahmen und Äußerungen sind demnach bis zum 19. Oktober 2024 gemäß § 18a Absatz 4 AEG gegenüber der Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde der Behörde für Wirtschaft und Innovation, Alter Steinweg 4, 20459 Hamburg, abzugeben. Sie sollen elektronisch übermittelt werden (E-Mail mit Angabe des Namens und der Anschrift sowie eingescannter Unterschrift an max.fredekind@bwi.hamburg.de). Eine schriftliche Übermittlung ist ebenfalls möglich (Postanschrift siehe vorstehend). Die Frist ist eine gesetzliche Frist und kann nicht verlängert werden. Maßgeblich für die Einhaltung der Frist ist das Datum des Eingangs. Der Eingang von Einwendungen, Stellungnahmen und Äußerungen wird nicht bestätigt.

Der Ausschluss von Einwendungen, der Ausschluss von Stellungnahmen von Vereinigungen und der Ausschluss von Äußerungen zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens durch Fristversäumnis beschränken sich auf dieses Planfeststellungsverfahren (vgl. § 7 Absatz 4 in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a und § 7 Absatz 6 Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz).

Bei Einwendungen, Stellungnahmen und Äußerungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter, gleichlautender Texte eingereicht worden sind (gleichförmige Eingaben), gilt für das Planfeststellungsverfahren derjenige Unterzeichner als Vertreter der übrigen Unterzeichner, der darin mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als Vertreter bezeichnet ist, soweit er nicht von den übrigen Unterzeichnern als Bevollmächtigter bestellt worden ist. Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Einwendungen, Stellungnahmen und Äußerungen, die die genannten Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten oder bei denen der Vertreter keine natürliche Person ist, können unberücksichtigt bleiben. Dasselbe gilt insoweit, als Unterzeichner ihren Namen oder ihre Anschrift nicht oder unleserlich angeben haben (§ 17 HmbVwVfG).

#### IV.

##### **Erörterungstermin, Bekanntmachung, Zustellung**

Nach § 18a Absatz 5 AEG kann die Anhörungsbehörde auf eine Erörterung nach § 73 Absatz 6 HmbVwVfG und § 18 Absatz 1 Satz 4 UVPG verzichten.

Findet ein Erörterungstermin statt, wird die Anhörungsbehörde nach Ablauf der Einwendungs-, Stellungnahme und Äußerungsfrist die rechtzeitig gegen den Plan erhobenen Einwendungen, die rechtzeitig abgegebenen Stellungnahmen von Vereinigungen nach § 73 Absatz 4 Satz 5 HmbVwVfG, die rechtzeitig eingereichten Äußerungen im Sinne von § 21 Absatz 1 UVPG sowie die Stellungnahmen der Behörden zu dem Plan mit der Vorhabenträgerin, den Behörden, den Betroffenen sowie denjenigen, die Einwendungen erhoben, Stellungnahmen abgegeben oder sich zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens geäußert haben, erörtern. Der Erörterungstermin ist in diesem Fall mindestens eine Woche vorher im Amtlichen Anzeiger bekannt zu machen. Die Behörden, die Vorhabenträgerin und diejenigen, die Einwendungen erhoben, Stellungnahmen abgegeben oder sich zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens geäußert haben, werden von dem Erörterungstermin benachrichtigt. Die Teilnahme am Erörterungstermin ist freigestellt. Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen.

Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vom Erörterungstermin oder mehr als 50 Zustellungen des Planfeststellungsbeschlusses vorzunehmen,

- a) können die Personen, die Einwendungen erhoben oder Äußerungen zu den Umweltauswirkungen eingereicht haben, oder die Vereinigungen, die Stellungnahmen abgegeben haben, von dem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden,
- b) kann die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen, Äußerungen und Stellungnahmen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Zudem können gemäß § 18b Absatz 3 abweichend von § 74 Absatz 4, Absatz 5 und Absatz 6 Satz 2 Halbsatz 3 HmbVwVfG und § 27 Absatz 1 Satz 1 UVPG die Zustellung, Auslegung und Bekanntmachung der Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses oder der Plangenehmigung dadurch erfolgen, dass die Entscheidung mit einer Rechtsbehelfsbelehrung und dem festgestellten Plan für zwei Wochen auf der Internetseite der Planfeststellungsbehörde veröffentlicht wird.

#### V.

##### **Veränderungssperre**

Auf die Veränderungssperre nach § 19 Absatz 1 AEG wird hingewiesen.

#### VI.

##### **Aufwendungen**

Aufwendungen, die durch die Einsichtnahme in die Planunterlagen, durch die Erhebung von Einwendungen, durch die Abgabe von Stellungnahmen, durch das Einreichen von Äußerungen, durch die Teilnahme am Erörterungstermin oder durch die Bestellung eines Vertreters entstehen, können nicht erstattet werden.

#### VII.

##### **Sonstiges**

Die Zugänglichmachung des Inhalts der in der vorliegenden Bekanntmachung enthaltenen Bekanntmachung nach § 19 Absatz 1 UVPG und der nach § 19 Absatz 2 UVPG auszulegenden Unterlagen (siehe oben) erfolgen im UVP-Portal unter der Adresse:

<http://www.hamburg.de/umweltvertraeglichkeitspruefungen-hamburg/>

Hinsichtlich der Gewährleistung der Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung wird auf die Geltung der Datenschutzerklärung der Planfeststellungsbehörde der Behörde für Wirtschaft und Innovation verwiesen, einzusehen unter der Adresse:

<https://www.hamburg.de/datenschutz-dsgvo-66302>

Hamburg, den 13. August 2024

**Die Behörde für Wirtschaft und Innovation**

Amtl. Anz. S. 1357

## **Widmung von Wegeflächen im Bezirk Eimsbüttel – Sugambreweg –**

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) wird die im Bezirk Eimsbüttel, Ortsteil 318, Gemarkung Niendorf belegene Wegefläche in der Straße Sugambreweg (Flurstück 2812) dem öffentlichen Verkehr mit sofortiger Wirkung gewidmet.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bezirksamt Eimsbüttel, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Grindelberg 66, 20144 Hamburg eingelegt werden.

Hamburg, den 29. Juli 2024

**Das Bezirksamt Eimsbüttel**

Amtl. Anz. S. 1359

sichtige Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Managements des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 4. Juli 2024

**Das Bezirksamt Wandsbek**

Amtl. Anz. S. 1360

### Beabsichtigung einer Veränderung der Benutzbarkeit von öffentlichen Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Poppenbütteler Bogen –

Es ist beabsichtigt folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die Veränderung der Benutzbarkeit für die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Poppenbüttel, Ortsteil 519, belegenen öffentlichen Wegeflächen Poppenbütteler Bogen – Flurstück 5308 teilweise –, jeweils zwischen dem Kreienstieg liegend, mit sofortiger Wirkung auf den allgemeinen Verkehr erweitert.

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderung der Benutzbarkeit ergibt sich aus dem anliegenden Lageplan (orange markierte Bereiche), der Bestandteil dieser Verfügung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegeflächen liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 214, 22041 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beab-

### Entwidmung von öffentlichen Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Lemsahler Bargweg –

Nach § 8 in Verbindung mit § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen, wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Lemsahl-Mellingstedt, Ortsteil 521, belegene öffentliche Wegefläche Lemsahler Bargweg –, Flurstück 4405 (24 m<sup>2</sup>) –, vor Hausnummer 50 verlaufend, mit sofortiger Wirkung für den allgemeinen Verkehr entwidmet.

Die urschriftliche Verfügung mit Lageplan kann beim Bezirksamt Wandsbek, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Am Alten Posthaus 2, 22041 Hamburg, eingesehen werden.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim Bezirksamt Wandsbek, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, Am Alten Posthaus 2, 22041 Hamburg, Widerspruch eingelegt werden.

Hamburg, den 1. August 2024

**Das Bezirksamt Wandsbek**

Amtl. Anz. S. 1360

# ANZEIGENTEIL

## Behördliche Mitteilungen

### Öffentliche Ausschreibung

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):  
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen  
 – Bundesbauabteilung –  
 Nagelsweg 47, 20097 Hamburg  
 Telefon: 0 49 (0) 40 / 4 28 42 - 200  
 Telefax: 0 49 (0) 40 / 4 27 92 - 1200  
 E-Mail: vergabestelle@bba.hamburg.de  
 Internet: <https://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/11255485>
- b) Vergabeverfahren:  
 Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
 Vergabenummer: **23 A 0261**
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:  
 Zugelassene Angebotsabgabe:  
 Elektronisch, in Textform, mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel, mit qualifizierter/m Signatur/Siegel.
- d) Art des Auftrags:  
 Ausführung von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:  
 Marinestützpunktkompanie (MAR),  
 Reiherdamm 10, 20457 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:  
 Teilerneuerung Fahrbahn, Parkplätze und Gehweg
- |   |                      |
|---|----------------------|
| – Asphaltbefestigungen aufbrechen und abfahren, | 1.400 m <sup>2</sup> |
| – Gehwegplatten aufnehmen und abfahren,         | 150 m <sup>2</sup>   |
| – Randeinfassungen aufnehmen und abfahren       | 100m                 |
| – Randeinfassung herstellen                     | 100m                 |
| – Alte Straßenabläufe abrechen und abfahren     | 4 Stück              |
| – Neue Straßenabläufe herstellen                | 4 Stück              |
| – Wasserlauf herstellen                         | 100 m                |
| – Betonsteinpflaster, herstellen                | 1.550 m <sup>2</sup> |
- g) Entfällt
- h) Aufteilung in Lose: nein
- i) Ausführungsfristen:  
 Beginn der Ausführung:  
 7. Oktober 2024  
 Fertigstellung oder Dauer der Leistungen:  
 13. Dezember 2024
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Mehrere Hauptangebote sind zugelassen.
- l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen:  
 Vergabeunterlagen werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter: <https://bi-medien.de/ausschreibungsdienste/ausschreibungen/D455123234>  
 Nachforderung: Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden nachgefordert.
- o) Ablauf der Angebotsfrist am 22. August 2024 um 9.00 Uhr, Ablauf der Bindefrist am 19. September 2024.
- p) Adresse für elektronische Angebote:  
<https://www.bi-medien.de/>  
 Anschrift für schriftliche Angebote: keine schriftlichen Angebote zugelassen.
- q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:  
 deutsch
- r) Zuschlagskriterien:  
 Nachfolgende Zuschlagskriterien, ggfs. einschließlich Gewichtung: Preis 100 %
- s) Eröffnungstermin:  
 22. August 2024 um 9.00 Uhr  
 Ort: Vergabestelle, siehe a)
- Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:  
 Es sind keine Bieter und ihre Bevollmächtigten zum elektronischen Öffnungsverfahren zugelassen.
- t) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- u) Entfällt
- v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:  
 Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- w) Beurteilung der Eignung:  
**Präqualifizierte Unternehmen** führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.  
**Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.  
 Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.  
 Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich und wird mit den Vergabeunterlagen übermittelt.  
 Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Absatz 3 VOB/A zu machen:  
 Nachweis AK 3 nach RAL-GZ 961 oder Vorlage eines entsprechenden Erstprüfungsberichtes mit Verpflichtung einer Fremd- und Eigenüberwachung (RAL-GZ 961 Abschnitt 4).
- x) Nachprüfung behaupteter Verstöße:  
 Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)  
 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,

Nagelsweg 47, 20097 Hamburg,  
Telefon: 0 49 (0) 40/4 28 42 - 295

Sonstige Angaben: Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt ausschließlich über die Vergabeplattform bi-medien.

Hamburg, den 2. August 2024

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen**  
– Bundesbauabteilung –

917

### Öffentliche Ausschreibung

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):  
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen  
– Bundesbauabteilung –  
Nagelsweg 47, 20097 Hamburg  
Telefon: 0 49 (0) 40/4 28 42 - 200  
Telefax: 0 49 (0) 40/4 27 92 - 12 00  
E-Mail: vergabestelle@bba.hamburg.de  
Internet: <https://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/11255485>
- b) Vergabeverfahren:  
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
Vergabenummer: **24 A 0242**
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:  
Zugelassene Angebotsabgabe:  
Elektronisch, in Textform, mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel, mit qualifizierter/m Signatur/Siegel.
- d) Art des Auftrags:  
Ausführung von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:  
Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie,  
Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg
- f) Art und Umfang der Leistung:  
Austausch von Aktoren in den Verteilungen  
Es handelt sich um eine Bestandsanlage mit EIB – bzw. KNX – Komponenten unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Hersteller. Bis auf wenige Ausnahmen sind sie eingesetzt für die Steuerung und Schaltung einzelner Beleuchtungsabschnitte sowie von Sonnenschutzanlagen. Insgesamt gibt es etwa 180 Geräte in 110 Verteilungen bzw. Schaltschränken. Die defekten Geräte sind auszutauschen. Es sind ca. 48 Geräte.
- g) Entfällt
- h) Aufteilung in Lose: nein
- i) Ausführungsfristen:  
Beginn der Ausführung:  
7. Oktober 2024  
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen:  
ca. 12 Wochen
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Mehrere Hauptangebote sind zugelassen.
- l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen:  
Vergabeunterlagen werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter: <https://bi-medien.de/ausschreibungsdienste/ausschreibungen/D455103175>  
Nachforderung: Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden nachgefordert.
- o) Ablauf der Angebotsfrist am 21. August 2024 um 9.00 Uhr, Ablauf der Bindefrist am 18. September 2024.
- p) Adresse für elektronische Angebote:  
<https://www.bi-medien.de/>  
Anschrift für schriftliche Angebote: keine schriftlichen Angebote zugelassen.
- q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: deutsch
- r) Zuschlagskriterien:  
Nachfolgende Zuschlagskriterien, ggfs. einschließlich Gewichtung: Preis 100 %
- s) Eröffnungstermin:  
21. August 2024 um 9.00 Uhr  
Ort: Vergabestelle, siehe a)  
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:  
Es sind keine Bieter und ihre Bevollmächtigten zum elektronischen Öffnungsverfahren zugelassen.
- t) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- u) Entfällt
- v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:  
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- w) Beurteilung der Eignung:  
**Präqualifizierte Unternehmen** führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.  
**Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.  
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.  
Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich und wird mit den Vergabeunterlagen übermittelt.
- x) Nachprüfung behaupteter Verstöße:  
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)  
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,  
Nagelsweg 47, 20097 Hamburg,  
Telefon: 0 49 (0) 40/4 28 42 - 295  
Sonstige Angaben: Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt ausschließlich über die Vergabeplattform bi-medien.

Hamburg, den 2. August 2024

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen**  
– Bundesbauabteilung –

918

**Öffentliche Ausschreibung  
Änderungsmitteilung**

Helmut-Schmidt-Universität/Douaumont-Kaserne, Erneuerung Personenaufzug 2641 Gebäude H2, Vergabe, Vergabe Nr. 24 A 0177

**Punkt i)**

Beginn der Ausführung:

Anstatt 47. KW 2024  
muss es heißen 6. KW 2025

Fertigstellung der Leistung:

Anstatt 51. KW 2024  
muss es heißen 18. KW 2025

**Punkt o)**

Ablauf der Angebotsfrist:

Anstatt 15. August 2024; 9.00 Uhr  
muss es heißen 22. August 2024; 11.00 Uhr

Ablauf der Bindefrist:

Anstatt 12. September 2024  
muss es heißen 19. September 2024

**Punkt s)**

Eröffnungstermin:

Anstatt 15. August 2024; 9.00 Uhr  
muss es heißen 22. August 2024; 11.00 Uhr

Hamburg, den 6. August 2024

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen  
– Bundesbauabteilung –**

919

**Offenes Verfahren**

**1 Beschaffer**

**1.1 Beschaffer**

Offizielle Bezeichnung:  
Behörde für Inneres und Sport -Polizei-  
Art des öffentlichen Auftraggebers:  
Obere, mittlere und untere Landesbehörde  
Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers:  
Allgemeine öffentliche Verwaltung

**2 Verfahren**

**2.1 Verfahren**

Titel: Beraterleistung zur Umsetzung des Projekts „Neues Ankunfts-zentrum“

Beschreibung: Die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch das Beschaffungs- und Vergabecenter der Behörde für Inneres und Sport (organisatorisch angebunden bei der Polizei Hamburg), beabsichtigt im Auftrag des Amtes für Migration den Abschluss eines Vertrages über die Beraterleistung zur Umsetzung des Projekts „Neues Ankunfts-zentrum“.

Kennung des Verfahrens:  
f14490eb-d0ca-441e-9f7d-e1fec4ea8780

Interne Kennung: BIS 20242121409

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Beschleunigtes Verfahren: nein

**2.1.1 Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen  
Hauptklassifizierungscode (cpv): 79410000  
Unternehmens- und Managementberatung

2.1.2 Erfüllungsort Ort: Hamburg  
Postleitzahl: 22041

NUTS-3-Code: Hamburg (DE600)  
Land: Deutschland

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort: Die Arbeitszeit muss grundsätzlich in den Räumlichkeiten des Amtes für Migration erbracht werden. In Ausnahmefällen kann mit dem Amt für Migration die Tätigkeit außerhalb der dortigen Räumlichkeiten z. B. per Remote abgestimmt werden.

**2.1.3 Wert**

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 310,000 Euro  
Allgemeine Informationen

**2.1.5 Bedingungen für die Auftragsvergabe Bedingungen für die Einreichung:**

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 1

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 1

**2.1.6 Ausschlussgründe**

Rein nationale Ausschlussgründe: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

**5 Los**

**5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001**

Titel: Beraterleistung zur Umsetzung des Projekts „Neues Ankunfts-zentrum“

Beschreibung: Die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch das Beschaffungs- und Vergabecenter der Behörde für Inneres und Sport (organisatorisch angebunden bei der Polizei Hamburg), beabsichtigt im Auftrag des Amtes für Migration den Abschluss eines Vertrages über die Beraterleistung zur Umsetzung des Projekts „Neues Ankunfts-zentrum“.

Interne Kennung:  
26d4a9ec-3c45-438a-992d-3b6c247463ad

**5.1.1 Zweck**

Art des Auftrags: Dienstleistungen  
Hauptklassifizierungscode (cpv): 79410000  
Unternehmens- und Managementberatung

**5.1.3 Geschätzte Dauer**

Datum des Beginns: 1. Oktober 2024  
Enddatum der Laufzeit: 31. Dezember 2026

**5.1.6 Allgemeine Informationen**

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Zusätzliche Informationen: Die Durchführung des Projekts erfolgt vorbehaltlich der Schließung eines Mietvertrages für das neue Gebäude. Sollte dieser nicht zu Stande kommen, kann dieser Vertrag fristlos gekündigt werden. Die Vergütung der bis zu diesem Zeitpunkt tatsächlich geleisteten Stunden erfolgt gemäß der angebotenen Stundenrechnungssätze. Mit dem Angebot sind folgende Informationen einzureichen: • Firmenangaben • Angabe zur Mittelstandsförderung • Angabe Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers • Erklärung zu eingesetzten Mitarbeitern • Darstellung

- Kompetenzen und Qualifikationen des/der Projektleiters/in und der dauerhaften Unterstützung
- 5.1.7 Strategische Auftragsvergabe  
Art der strategischen Beschaffung: Keine strategische Beschaffung
- 5.1.9 Eignungskriterien Kriterium:  
Art: Eignung zur Berufsausübung  
Beschreibung: • Identifikationsnummer • Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister • Registergericht  
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet  
Kriterium:  
Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit  
Beschreibung: • Erklärung zur wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit • Umsatzzahlen  
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet  
Kriterium:  
Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit  
Beschreibung: • Erklärung zu den vorhandenen personellen und technischen Mitteln • Erklärung zu vergleichbaren Leistungen • Referenzliste über bisher durchgeführte Leistungen ähnlicher Art  
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet
- 5.1.10 Zuschlagskriterien Kriterium:  
Art: Preis  
Bezeichnung: Preis  
Beschreibung: Preis  
Kriterium:  
Art: Qualität  
Bezeichnung: Leistungsbewertung gemäß Kriterienkatalog
- 5.1.11 Auftragsunterlagen  
Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: Deutsch  
Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 02/09/2024, 23.59 +02.00  
Internetadresse der Auftragsunterlagen:  
<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/cc7a4867-1aec-42dd-93b4-faea1aeb258>
- 5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe Bedingungen für die Einreichung:  
Elektronische Einreichung: Erforderlich  
Adresse für die Einreichung:  
<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/cc7a4867-1aec-42dd-93b4-faea1aeb258>  
Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch  
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig  
Nebenangebote: Nicht zulässig  
Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig  
Frist für den Eingang der Angebote: 09/09/2024, 11.00 +02.00  
Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 82 Tag
- Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:  
Eine Nachforderung von Unterlagen nach Fristablauf ist nicht ausgeschlossen.  
Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.  
Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:  
Zusätzliche Informationen: Die Öffnung der Angebote ist nicht öffentlich.  
Auftragsbedingungen:  
Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: Nein  
Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: • Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123, 124 GWB • Erklärung über das Nichtvorliegen von Verfehlungen (Gesetz zum Schutz fairen Wettbewerbs) • Erklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes • Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen • Eigenerklärung „5.  
RUS-Sanktionspaket“  
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich  
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja  
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja  
Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, eine Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- 5.1.15 Techniken Rahmenvereinbarung:  
Keine Rahmenvereinbarung  
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:  
Kein dynamisches Beschaffungssystem  
Elektronische Auktion: nein
- 5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung Überprüfungsstelle: Vergabekammer bei der Finanzbehörde  
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Polizei Hamburg – Beschaffungs- und Vergabecenter der BIS – LPV 212



8	<b>Organisationen</b>	Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
8.1	<b>ORG-0001</b> Offizielle Bezeichnung: Behörde für Inneres und Sport -Polizei- Identifikationsnummer: 84923a4b-6b53-493a-8db1-b0b5d0511e4c Abteilung: Landespolizeiverwaltung -LPV 21- Postanschrift: Bruno-Georges-Platz 1 Ort: Hamburg Postleitzahl: 22297 NUTS-3-Code: Hamburg (DE600) Land: Deutschland Kontaktstelle: Landespolizeiverwaltung -LPV 21- E-Mail: <a href="mailto:ausschreibungen@polizei.hamburg.de">ausschreibungen@polizei.hamburg.de</a> Telefon: +49 40428669210 Internet-Adresse: <a href="https://t1p.de/xbnqg">https://t1p.de/xbnqg</a> Rollen dieser Organisation: Beschaffer	Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 02/08/2024, 14.06 +02.00 Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch Hamburg, den 4. August 2024 <b>Die Behörde für Inneres und Sport</b> <b>– Polizei –</b>
		920
		<b>Offenes Verfahren</b>
		Auftraggeber: SBH   Schulbau Hamburg unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg Vergabenummer: <b>SBH VOB OV 109-24 WH</b> Verfahrensart: Offenes Verfahren Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags: Neubau Einfeldsporthalle, Lerchenfeld 10, 22081 Hamburg Bauauftrag: Starkstrom Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 183.000,- Euro Ausführungsfrist voraussichtlich: Beginn: ca. Oktober 2024; Fertigstellung: ca. April 2025 Schlusstermin für die Einreichung der Angebote: 28. August 2024 um 10.00 Uhr Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe zugelassen. Kontaktstelle: SBH   Schulbau Hamburg Einkauf/Vergabe <a href="mailto:vergabestellesbh@sbh.hamburg.de">vergabestellesbh@sbh.hamburg.de</a> Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: <a href="https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen">https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen</a>
8.1	<b>ORG-0002</b> Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer bei der Finanzbehörde Identifikationsnummer: fc2a82a7-8962-48a4-bf78-45738e80fa10 Abteilung: Rechts- und Abgabenabteilung Postanschrift: Postfach 30 17 41 Ort: Hamburg Postleitzahl: 20306 NUTS-3-Code: Hamburg (DE600) Land: Deutschland Kontaktstelle: Rechts- und Abgabenabteilung E-Mail: <a href="mailto:vergabekammer@fb.hamburg.de">vergabekammer@fb.hamburg.de</a> Telefon: +49 40428231690 Fax: +49 40427923080 Internet-Adresse: <a href="https://www.hamburg.de/behoerdenfinder/info/11725152/">https://www.hamburg.de/behoerdenfinder/info/11725152/</a> Rollen dieser Organisation: Überprüfungsstelle	
8.1	<b>ORG-0003</b> Offizielle Bezeichnung: Polizei Hamburg – Beschaffungs- und Vergabecenter der BIS – LPV 212 Identifikationsnummer: eccf3007-bfa5-4561-9245-1240b2872114 Abteilung: LPV 212 Postanschrift: Bruno-Georges-Platz 1 Ort: Hamburg Postleitzahl: 22297 NUTS-3-Code: Hamburg (DE600) Land: Deutschland Kontaktstelle: LPV 212 E-Mail: <a href="mailto:ausschreibungen@polizei.hamburg.de">ausschreibungen@polizei.hamburg.de</a> Telefon: +49 40428669284 Fax: +49 40427999186 Internet-Adresse: <a href="https://hamburg.de/polizei/">https://hamburg.de/polizei/</a> Rollen dieser Organisation: Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt	Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt. Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben. Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen & Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen. Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail. Die Bekanntmachung sowie die „Fragen & Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage des Landesbetriebes SBH   Schulbau Hamburg unter: <a href="https://schulbau.hamburg/ausschreibungen/">https://schulbau.hamburg/ausschreibungen/</a> Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteiligten Bietern nach Öffnung der Angebote über den Bieterassistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte „Dokumente“.
11	<b>Informationen zur Bekanntmachung</b>	
11.1	Informationen zur Bekanntmachung Kennung/Fassung der Bekanntmachung: cb8d8d5a-d147-4bb7-a015-1422ef361711 – 01 Formulartyp: Wettbewerb	Hamburg, den 29. Juli 2024 <b>Die Finanzbehörde</b>
		921

**Offenes Verfahren**

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg  
 unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg  
 Vergabenummer: **SBH VOB OV 164-24 LG**  
 Verfahrensart: Offenes Verfahren  
 Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:  
 Zubau zur 6-Zügigkeit,  
 Struckholt 27-29, 22337 Hamburg  
 Bauauftrag: Elektro  
 Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 1.488.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:  
 Beginn: ca. Dezember 2024;  
 Fertigstellung: ca. Dezember 2025  
 Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:  
 28. August 2024 um 10.00 Uhr

Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe zugelassen.

Kontaktstelle:  
 SBH | Schulbau Hamburg  
 Einkauf/Vergabe  
 vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:  
<https://www.hamburg.de/buergerservice-politik/ausschreibungen>

Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen & Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen & Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter:  
<https://schulbau.hamburg/ausschreibungen/>.

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteiligten Bietern nach Öffnung der Angebote über den Bieterassistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte „Dokumente“.

Hamburg, den 29. Juli 2024

**Die Finanzbehörde**

922

**Offenes Verfahren**

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg  
 unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg  
 Vergabenummer: **SBH VOB OV 168-24 CR**  
 Verfahrensart: Offenes Verfahren  
 Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:  
 Denkmalgeschützte Sanierung eines Schulgebäudes,  
 Genslerstraße 33, 22307 Hamburg  
 Bauauftrag: Abbruch  
 Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 412.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:  
 Beginn: schnellstmöglich nach Beauftragung;  
 Fertigstellung: ca. Februar 2025

Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:  
 28. August 2024 um 10.00 Uhr

Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe zugelassen.

Kontaktstelle:  
 SBH | Schulbau Hamburg  
 Einkauf/Vergabe  
 vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:  
<https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen>

Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen & Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen & Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter:  
<https://schulbau.hamburg/ausschreibungen/>.

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteiligten Bietern nach Öffnung der Angebote über den Bieterassistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte „Dokumente“.

Hamburg, den 29. Juli 2024

**Die Finanzbehörde**

923

**Offenes Verfahren**

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg  
 unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg  
 Vergabenummer: **SBH VOB OV 167-24 IE**

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:  
 Denkmalgeschützte Sanierung eines Schulgebäudes,  
 Genslerstraße 33, 22307 Hamburg

Bauauftrag: Gerüstbau

Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 219.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:  
 Beginn: ca. 3. Quartal 2024 ;  
 Fertigstellung: ca. 2. Quartal 2026

Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:  
 3. September 2024 um 10.00 Uhr

Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe zugelassen.

Kontaktstelle:  
 SBH | Schulbau Hamburg  
 Einkauf/Vergabe  
 vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:  
<https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen>

Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen & Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen & Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter:  
<https://schulbau.hamburg/ausschreibungen/>.

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteiligten Bietern nach Öffnung der Angebote über den Bieterassistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte „Dokumente“.

Hamburg, den 31. Juli 2024

**Die Finanzbehörde**

924

### Öffentliche Ausschreibung

**Verfahren: FB 2024000872 – Sicherheits- und Schließdienste im Wilhelmsburger Inseipark**

**Auftraggeber: Finanzbehörde Hamburg**

- 1) Bezeichnung und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind:

Finanzbehörde Hamburg  
 Gänsemarkt 36  
 20354 Hamburg  
 Deutschland  
 +49 40428231386  
 +49 40427310686  
[ausschreibungen@fb.hamburg.de](mailto:ausschreibungen@fb.hamburg.de)

- 2) Verfahrensart (§§ 8 ff. UVgO)  
 Öffentliche Ausschreibung [UVgO]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind (§ 38 UVgO):  
 Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.  
 Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- 4) Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit (§ 29 Absatz 3 UVgO) und ggf. Informationen zum Zugriff auf Vergabeunterlagen (§ 29 Absatz 3 UVgO):

Mit der webbasierte Ausschreibungslösung eVergabe wird die gesamte Prozesskette elektronisch abgebildet. Die Angebotsdaten werden auf dem Server verschlüsselt und die Daten mithilfe von HTTPS übertragen. Dadurch ist die Vertraulichkeit bei der elektronischen Angebotserstellung und -einreichung gesichert. Die Angebote können erst nach Verstreichen des Eröffnungstermins durch zwei Mitarbeiter der Vergabestelle entschlüsselt werden. Die eVergabe ist DSGVO konform.

- 5) Lieferung von Reinigungsmitteln für die FHH Sicherheits- und Schließdienste im Wilhelmsburger Inseipark

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) – Finanzbehörde – als Auftraggeber (AG) beabsichtigt den Abschluss eines Vertrages über die Durchführung von Rundgängen im Wilhelmsburger Inseipark (Bestreifung) sowie den Schließdienst für die Tore im Wilhelmsburger Inseipark ab dem 1. Januar 2025.

Ort der Leistungserbringung: 21107 Hamburg

- 6) Anzahl, Größe und Art der Lose bei Losaufteilung (§ 22 UVgO):

Losweise Ausschreibung: Nein

- 7) Zulassung von Nebenangeboten (§ 25 UVgO):

Nebenangebote sind nicht zugelassen

- 8) Ausführungsfrist(en):

Von: 1. Januar 2025 bis: 31. Dezember 2027

Darüber hinaus bestehen die 2-maligen Optionen zur Verlängerung um jeweils 12 Monate (bis maximal 31. Dezember 2029), wenn nicht einer der Vertragspartner 6 Monate vor Ablauf des Vertrages schriftlich kündigt.

- 9) Vergabeunterlagen (§§ 29, 21 UVgO):

Die Vergabeunterlagen sind über die Veröffentlichungsplattform der Freien und Hansestadt Hamburg

<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/963d1e49-229a-4b38-946a-426476739141>

elektronisch abrufbar.

- 10) Ende der Teilnahme- oder Angebotsfrist und Ende der Bindefrist:

Teilnahme- oder Angebotsfrist:

3. September 2024, 10.00 Uhr

Bindefrist: 31. Dezember 2024, 00.00 Uhr

- 11) Entfällt

- 12) Entfällt

- 13) Unterlagen zur Beurteilung der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen:

Zusätzlich sind folgende Unterlagen vorzulegen:

Es ist Ziffer 1.8 der Leistungsbeschreibung zu beachten.

Einzureichen sind:

– 3 Referenzen vergleichbarer Art und vergleichbaren Umfangs

– Zertifikat über die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems nach DIN EN 9001

Beachten Sie weiterhin, dass im Rahmen der Angebotsfrist eine Besichtigung durchzuführen ist und eine entsprechende Besichtigungsbestätigung einzureichen ist. Details sind der Leistungsbeschreibung zu entnehmen.

- 14) Zuschlagskriterien, sofern nicht in den Vergabeunterlagen genannt (§ 43 UVgO):

Wirtschaftlichstes Angebot:

UfAB 2018: Einfache Richtwertmethode

- 15) Bevorzugung von Werkstätten für behinderte Menschen und Inklusionsbetrieben:

Der Zuschlag wird auf ein Angebot eines bevorzugten Bieters (Werkstätten für behinderte Menschen, Inklusionsbetriebe und anerkannte Blindenwerkstätten) erteilt, wenn es mindestens so wirtschaftlich ist, wie das

ansonsten wirtschaftlichste Angebot eines anderen Bieters. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Angebote wird der von dem bevorzugten Bieter angebotene Preis mit einem Abschlag von 10 % berücksichtigt. Zur Errechnung dieses Abschlags muss bei einer Bietergemeinschaft angegeben werden, welcher Anteil am Gesamtangebot auf den bevorzugten Bieter entfällt. Die Eigenschaft als bevorzugter Bieter ist durch Vorlage der staatlichen Anerkennung nachzuweisen. Inklusionsbetriebe können eine Eigenerklärung abgeben, in der das Vorliegen der Voraussetzungen des § 215 SGB IX dargelegt wird.

Hamburg, den 2. August 2024

**Die Finanzbehörde**

925

### Offenes Verfahren

#### Verfahren: FB 2024000372 – Rahmenvereinbarung für Hausmeisterleistungen bei den Liegenschaften der Polizei und Feuerwehr

**Auftraggeber: Finanzbehörde Hamburg**

- 1) Bezeichnung und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind:  
Finanzbehörde Hamburg  
Gänsemarkt 36  
20354 Hamburg  
Deutschland  
+49 40428231386  
+49 40427310686  
ausschreibungen@fb.hamburg.de
- 2) Verfahrensart (§§ 8 ff. UVgO)  
Offenes Verfahren (EU) [VgV]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind (§ 38 UVgO):  
Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.  
Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- 4) Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit (§ 29 Absatz 3 UVgO) und ggf. Informationen zum Zugriff auf Vergabeunterlagen (§ 29 Absatz 3 UVgO):  
Mit der webbasierte Ausschreibungslösung eVergabe wird die gesamte Prozesskette elektronisch abgebildet. Die Angebotsdaten werden auf dem Server verschlüsselt und die Daten mithilfe von HTTPS übertragen. Dadurch ist die Vertraulichkeit bei der elektronischen Angebotserstellung und -einreichung gesichert. Die Angebote können erst nach Verstreichen des Eröffnungstermins durch zwei Mitarbeiter der Vergabestelle entschlüsselt werden. Die eVergabe ist DSGVO konform.
- 5) Rahmenvereinbarung für Hausmeisterleistungen bei den Liegenschaften der Polizei und Feuerwehr  
Ausgeschrieben werden allgemeine und spezielle Hausmeisterleistungen, die in den Dienststellen der Polizei und Feuerwehr erbracht werden sollen. Für jeden Einsatzort sind individuelle Einsatzzeiten festgelegt.  
Ort der Leistungserbringung: 20354 Hamburg
- 6) Anzahl, Größe und Art der Lose bei Losaufteilung (§ 22 UVgO):  
Losweise Ausschreibung: Ja  
Angebote können abgegeben werden für: Bieter kann für alle Lose anbieten (aber auch für weniger)

Los-Nr. 1 Losname Hausmeisterdienstleistungen. Aufteilung gem. Ziff. 1.2 der Leistungsbeschreibung  
Beschreibung Bitte beachten Sie zwingend die Angaben in der Leistungsbeschreibung.

Los-Nr. 2 Losname Hausmeisterdienstleistungen. Aufteilung gem. Ziff. 1.2 der Leistungsbeschreibung  
Beschreibung Bitte beachten Sie zwingend die Angaben in der Leistungsbeschreibung.

Los-Nr. 3 Losname Hausmeisterdienstleistungen. Aufteilung gem. Ziff. 1.2 der Leistungsbeschreibung  
Beschreibung Bitte beachten Sie zwingend die Angaben in der Leistungsbeschreibung.

Los-Nr. 4 Losname Hausmeisterdienstleistungen. Aufteilung gem. Ziff. 1.2 der Leistungsbeschreibung  
Beschreibung Bitte beachten Sie zwingend die Angaben in der Leistungsbeschreibung.

Los-Nr. 5 Losname Hausmeisterdienstleistungen. Aufteilung gem. Ziff. 1.2 der Leistungsbeschreibung  
Beschreibung Bitte beachten Sie zwingend die Angaben in der Leistungsbeschreibung.

- 7) Zulassung von Nebenangeboten (§ 25 UVgO):  
Nebenangebote sind nicht zugelassen
- 8) Ausführungsfrist(en):  
Von: 1. Januar 2025 bis: 31. Dezember 2028  
Darüber hinaus bestehen die 2-maligen Optionen zur Verlängerung um jeweils 12 Monate (bis maximal 31. Dezember 2029), wenn nicht einer der Vertragspartner 6 Monate vor Ablauf des Vertrages schriftlich kündigt.
- 9) Vergabeunterlagen (§§ 29, 21 UVgO):  
Die Vergabeunterlagen sind über die Veröffentlichungsplattform der Freien und Hansestadt Hamburg  
<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/ab11fabb-1cf3-47c3-bc71-9c483ea03b42>  
elektronisch abrufbar.
- 10) Ende der Teilnahme- oder Angebotsfrist und Ende der Bindefrist:  
Teilnahme- oder Angebotsfrist:  
12. August 2024, 10.00 Uhr  
Bindefrist: 31. Dezember 2024, 00.00 Uhr
- 11) Entfällt
- 12) Siehe Leistungsbeschreibung
- 13) Unterlagen zur Beurteilung der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen:  
Zusätzlich sind folgende Unterlagen vorzulegen:  
Eignungsnachweise, die von den Bietern auf Verlangen durch (ggf. deutschsprachig übersetzte) Bescheinigungen zu bestätigen sind.  
Der Vordruck sowie die weiteren geforderten Unterlagen sind zusammen mit dem Angebot vorzulegen.
- 14) Zuschlagskriterien, sofern nicht in den Vergabeunterlagen genannt (§ 43 UVgO):  
Wirtschaftlichstes Angebot:  
Freie Verhältniswahl Preis/Leistung  
Preis-/Leistungsverhältnis (%): 60/40
- 15) Bevorzugung von Werkstätten für behinderte Menschen und Inklusionsbetrieben:  
Der Zuschlag wird auf ein Angebot eines bevorzugten Bieters (Werkstätten für behinderte Menschen, Inklusionsbetriebe und anerkannte Blindenwerkstätten) erteilt, wenn es mindestens so wirtschaftlich ist, wie das

ansonsten wirtschaftlichste Angebot eines anderen Bieters. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Angebote wird der von dem bevorzugten Bieter angebotene Preis mit einem Abschlag von 10 % berücksichtigt. Zur Errechnung dieses Abschlags muss bei einer Bietergemeinschaft angegeben werden, welcher Anteil am Gesamtangebot auf den bevorzugten Bieter entfällt. Die Eigenschaft als bevorzugter Bieter ist durch Vorlage der staatlichen Anerkennung nachzuweisen. Inklusionsbetriebe können eine Eigenerklärung abgeben, in der das Vorliegen der Voraussetzungen des § 215 SGB IX dargelegt wird.

Hamburg, den 6. August 2024

**Die Finanzbehörde**

926

### Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg  
Einkauf / Vergabe, Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)  
An der Stadthausbrücke 1  
Telefax: 040/427 310 143  
E-Mail: [vergabestellesbh@sbh.hamburg.de](mailto:vergabestellesbh@sbh.hamburg.de)  
Internet: <https://schulbau.hamburg/ausschreibug>
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)  
Vergabenummer: **SBH VOB ÖA 173-24 SW, Ludwigstraße 7-9**  
**Hier: Maurer**
- c) Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.  
Sofern das Vergabeverfahren elektronisch über das e-Vergabe-System „eVa“ durchgeführt wird, werden nur elektronische Angebote in folgender Form akzeptiert: in Textform nach § 126b BGB
- d) Ausführung von Bauleistungen
- e) Ludwigstraße 7-9, 20357 Hamburg
- f) SBH | Schulbau Hamburg hat als Landesbetrieb der Freien und Hansestadt Hamburg (nachstehend SBH genannt) die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten.  
In der Grundschule Ludwigstraße soll die schadhafte Putzfassade des 5-geschossigen Hauptgebäudes in einem Teilbereich instandgesetzt bzw. erneuert werden. Hierfür ist es erforderlich, den Gebäudeteil einzurüsten. Der zu bearbeitende Gebäudeteil befindet sich am rückseitigen Westtrakt des Haupthauses überhalb einer eingeschossigen Bestandsbebauung zu angrenzenden Nachbargebäuden. Der Zugang erfolgt über den Schulhof. Die ausgeschriebenen Arbeiten müssen zum Teil bei laufendem Schulbetrieb unter Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Schüler durchgeführt werden. Die Baustelleneinrichtungsfläche ist von der Sternstraße für Anlieferungen und Baustellenfahrzeuge erreichbar.  
Im Rahmen der geplanten Maßnahme kommen folgende Gewerke zur Ausführung :
- Gerüstbauarbeiten
  - Abbeizarbeiten
  - Blitzschutzarbeiten
  - Fensterbauarbeiten

- Maurer- und Putzarbeiten
- Malerarbeiten

Hier: Maurer

- Abbruch hohlliegender Putzflächen
- Austausch beschädigter Mauersteine
- Austausch schadhafter Fensterstürze aus Stahlträgern
- Schließen von Mauerwerksrissen
- Fassadenputz herstellen

**HINWEIS:**

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

- g) Entfällt
- h) Aufteilung in Lose: nein
- i) Beginn der Ausführung (sofern möglich): schnellstmöglich nach Beauftragung  
Fertigstellung oder Dauer der Ausführung: September 2024
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen
- k) Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen und die „Fragen & Antworten“ finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen>  
Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.  
Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.  
Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen & Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.  
Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.  
Die Bekanntmachung sowie die „Fragen & Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter: <https://schulbau.hamburg/ausschreibungen/>. Ein Versand der „Fragen & Antworten“ per E-Mail erfolgt nur dann automatisch aus der elektronischen Vergabe, sofern Sie als Bieter im Bieterportal registriert sind und als solcher angemeldet auf die Ausschreibung zugegriffen haben.  
An alle Interessierten, die anonym die Unterlagen heruntergeladen haben, erfolgt kein Versand der „Fragen & Antworten“ per E-Mail.
- l) Entfällt – es erfolgt kein Versand der Unterlagen.
- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 15. August 2024 eingereicht werden.
- o) Anschrift für die Angebote  
SBH | Schulbau Hamburg  
Einkauf/Vergabe

Ausschreibungsmanagement VOB U 42  
An der Stadthausbrücke 1  
20355 Hamburg

- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.  
q) Ablauf der Angebotsfrist am 15. Augst 2024 um 10.00 Uhr.  
Öffnungstermin an der Anschrift der lit. o) am 15. August 2024 um 10.00 Uhr.  
Bei der Öffnung der Angebote dürfen Bieter und ihre Bevollmächtigten nicht anwesend sein.  
q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: Deutsch  
r) siehe Vergabeunterlagen  
s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.  
t) Die Rechtsform der Bietergemeinschaft nach der Auftragserteilung muss sein eine gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.  
u) Nachweise der Eignung

**Präqualifizierte Unternehmen** führen den Eignungsnachweis durch ihren Eintrag in die Liste des „Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ (sog. Präqualifikationsverzeichnis). Beim Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen deren Präqualifikation nachzuweisen.

**Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben als vorläufigen Eignungsnachweis bestimmte Eigenerklärungen auf dem gesonderten Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen abzugeben. Von den Bietern der engeren Wahl sind die Eigenerklärungen auf Verlangen durch (ggf. deutschsprachig übersetzte) Bescheinigungen zu bestätigen.

**Darüber hinaus** sind zum Nachweis der Eignung weitere Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A im Wege eines Einzelnachweises zu machen.

**Die einzelnen Eignungsnachweise sind dem Formblatt „Eignung“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.**

Der Vordruck „Eignung“ mit allen geforderten Erklärungen und Nachweisen ist unterschrieben vorzulegen zusammen mit dem Angebot.

- v) Die Bindefrist endet am 16. September 2024  
w) Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)  
SBH | Schulbau Hamburg  
Herr Ralph von der Reith  
Bereichsleitung Unternehmensservice  
An der Stadthausbrücke 1  
20355 Hamburg  
Fax: 040/427 310 137  
x) Zuschlagskriterien:  
Die Zuschlagskriterien sind dem Formblatt „Aufforderung Angebotsabgabe“ der Vergabeunterlagen zu entnehmen.  
y) Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf den folgenden Homepages veröffentlicht:  
Zentrale Veröffentlichungsplattform:  
<https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen>  
und  
Homepage des Landesbetriebes  
SBH | Schulbau Hamburg:  
<https://schulbau.hamburg/ausschreibungen/>

Ein Versand der „Fragen & Antworten“ per E-Mail erfolgt nur dann automatisch aus der elektronischen Vergabe, sofern Sie als Bieter im Bieterportal registriert sind und als solcher angemeldet auf die Ausschreibung zugegriffen haben.

- z) Weitere Verfahrenshinweise:  
Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe über den Bieterassistenten zugelassen.  
Informationen zum Verfahren ab Angebotsöffnung werden elektronisch über die Bieterkommunikation der eVergabe übermittelt.  
Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteiligten Bietern nach Öffnung der Angebote über den Bieterassistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte „Dokumente“.

Bieter, die aufgrund technischer Schwierigkeiten im Bearbeitungspunkt „Produkte/Leistungen“ des Bieterassistenten der eVergabe keine GAEB84-Datei hochladen können, werden in der Niederschrift aktuell lediglich namentlich, jedoch ohne Angabe der Angebotssumme, angegeben.

Die Vergabestelle weist darauf hin, dass dieses Vorgehen nicht zum Ausschluss des Angebots führt, sofern die Anforderungen des § 13 VOB/A erfüllt sind. Sofern im Rahmen der Angebotsabgabe ein bepreistes LV als Anlage in der eVergabe abgegeben wird, gilt das Angebot als form- und fristgerecht eingereicht.

Um die Transparenz des Verfahrens herzustellen, erhalten alle Bieter zeitnah nach der Submission eine Besondere Niederschrift, die Angaben über die fehlende Angebotssumme erhält, über die Bieterkommunikation der eVergabe. Diese besondere Niederschrift gilt daher zusätzlich zu dem im eVergabe-System bereitgestellten Öffnungsprotokoll.

Um die Vergleichbarkeit der Angebote zu gewährleisten, erfolgt die rechnerische Prüfung der Angebote unter Berücksichtigung des zum Zeitpunkt der Angebotsöffnung gültigen Umsatzsteuersatzes. In diesem Zuge werden auch die ggf. unterschiedlichen Steuersätze, die den Angeboten zugrunde liegen, bereinigt.

Das „Merkblatt Umsatzsteuer Stand 11. April 2024“, welches als Anlage in der eVergabe zur Verfügung steht, wird ergänzender Vertragsbestandteil.

Bei der Rechnungsstellung ist zu beachten, dass der Umsatzsteuersatz zum Zeitpunkt der Ausführung des Umsatzes maßgebend ist. Steuerrechtlich ausgeführt wird der Umsatz mit der Vollendung des Werkes bzw. der Verschaffung der Verfügungsmacht, d.h. regelmäßig mit der Abnahme.

Hamburg, den 7. August 2024

**Die Finanzbehörde**

927

#### **Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb**

- a) Bezirksamt Hamburg-Mitte  
Caffamacherreihe 1-3  
20355 Hamburg  
Deutschland  
[vergabestelle@hamburg-mitte.hamburg.de](mailto:vergabestelle@hamburg-mitte.hamburg.de)  
b) Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb [VOB]  
c) Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen  
d) Bauleistung

- e) 22395 Hamburg
- f) Maßnahme: Sportanlage Petunienweg  
Leistung: Sportanlage Petunienweg Sportplatzbau  
Vergabe-Nr.: **BAM VOB 93 Böt 2024**  
Sportanlage Petunienweg Sportplatzbau  
Sportplatzbau  
Herstellung elastische Tragschicht und Kunststoff-  
rasen Typ 5
- g) siehe Vergabeunterlagen
- h) Entfällt
- i) Beginn: Oktober 2024  
Ende: innerhalb von 24 Werktagen nach dem  
vereinbarten Beginn der Ausführung
- j) Nebenangebote sind nur in Verbindung mit einem  
Hauptangebot zugelassen
- k) Mehrere Hauptangebote sind zulässig
- l) Die Auftragsunterlagen stehen gebührenfrei zur Verfü-  
gung unter:  
[https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/  
evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/  
1264aa4b-4186-45ba-ac95-0cd70f2c12d0](https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/1264aa4b-4186-45ba-ac95-0cd70f2c12d0)  
Fragen und Antworten während des Verfahrens wer-  
den ebenfalls auf der Ausschreibungsplattform bekannt  
gemacht; ein Versand per E-Mail ist nicht möglich.
- m) Siehe Vergabeunterlagen
- n) Teilnahme- oder Angebotsfrist: 16. August 2024,  
11.00 Uhr  
Bindefrist: 30. August 2024, 00.00 Uhr  
Der Teilnahmeantrag ist nach Maßgabe der lit. c) im  
verschlossenen Umschlag (bzw. elektronisch) mit kor-  
rekter Auftragsbezeichnung des Auftraggebers einzu-  
reichen.  
Der Teilnahmeantrag muss etwaige durch Nachunter-  
nehmer auszuführende Leistungen angeben. Auf  
gesondertes Verlangen sind dazu Nachweise und Anga-  
ben zum von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt  
vorzulegen.
- o) Entfällt
- p) Elektronische Angebote sind einzureichen unter:  
„<http://www.bieterportal.hamburg.de>“
- q) Deutsch
- r) Niedrigster Preis
- s) Siehe Vergabeunterlagen
- t) Siehe Vergabeunterlagen
- u) Siehe Vergabeunterlagen
- v) Die Rechtsform der Bietergemeinschaft nach der Auf-  
tragserteilung muss eine gesamtschuldnerisch haftende  
Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter  
sein.
- w) **Präqualifizierte Unternehmen** führen den Eignungs-  
nachweis durch ihren Eintrag in die Liste des „Vereins  
für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ (sog.  
Präqualifikationsverzeichnis).  
Beim Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesonder-  
tes Verlangen deren Präqualifikation nachzuweisen.  
**Nicht Präqualifizierte Unternehmen** haben als vor-  
läufigen Eignungsnachweis bestimmte Eigenerklärun-  
gen auf dem gesonderten Formblatt „Eignung“ der  
Vergabeunterlagen abzugeben. Von den Bietern der  
engeren Wahl sind die Eigenerklärungen auf Verlan-  
gen durch (ggf. deutschsprachig übersetzte) Bescheini-  
gungen zu bestätigen.  
**Darüber hinaus** sind zum Nachweis der Eignung wei-  
tere Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A im Wege eines  
Einzelnachweises zu machen. Die Angaben zu einzel-  
nen Eignungsnachweisen sind dem Formblatt „6-030  
Eignung“ den Vergabeunterlagen zu entnehmen.  
Siehe Vergabeunterlagen
- x) Bezirksamt Hamburg-Mitte  
Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt –  
Caffamacherreihe 1-3  
20355 Hamburg  
Tel.: +49 40428543430  
Fax: +49 40427901539  
<https://www.hamburg.de/mitte>

Hamburg, den 6. August 2024

**Das Bezirksamt Hamburg-Mitte**

928

## Sonstige Mitteilungen

### Öffentliche Ausschreibung

Auftraggeber:  
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH  
unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg  
Vergabenummer: **GMH VOB ÖA 018-24 CR**  
Verfahrensart: Öffentliche Ausschreibung  
Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:  
Abriss, Ersatzbau und Zubau zur 6-Zügigkeit  
der Grundschule Neugraben,  
Francoper Straße 32, 21147 Hamburg  
Bauftrag: Starkstrom  
Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 43.000,- Euro  
Ausführungsfrist voraussichtlich:  
Beginn: schnellstmöglich nach Beauftragung;  
Fertigstellung: ca. September 2024  
Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:  
27. August 2024 um 10.00 Uhr  
Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische  
Angebotsabgabe zugelassen.  
Kontaktstelle:  
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH  
Einkauf/Vergabe  
einkauf@gmh.hamburg.de

Die Bekanntmachung sowie die Ausschreibungsunterlagen  
und Auskunftserteilungen finden Sie auf der zentralen Ver-  
öffentlichungsplattform unter:  
[https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/  
ausschreibungen](https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen)

Die Bekanntmachung sowie die „Auskunftserteilungen“  
während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Home-  
page von GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH  
unter:  
<https://gmh-hamburg.de/ausschreibungen>

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteilig-  
ten Bietern nach Öffnung der Angebote über den Bieteras-  
sistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden  
die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte  
„Dokumente“.

Hamburg, den 6. August 2024

**GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH** 929

### Gläubigeraufruf

Der Verein **Ankerplatz e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR  
24473) wurde aufgelöst. Die Gläubiger des Vereins werden  
gebeten, ihre Ansprüche bei dem Verein anzumelden.

Hamburg, den 28. Juli 2024

**Die Liquidatorin**

930